

Prozent) erklärt werden kann. Die Partei profitiert allein von der Wechselstimmung und von Wählern, denen eine SPD mit den Grünen im Schlepptau zu links, und eine CDU mit Schill im Boot zu rechts ist. Sie weiß genau, daß sie sofort unter die Fünf-Prozent-Marke fiel, würde sie vor dem Wahltermin ihre Koalitionsabsicht offenlegen. Also hält sie sich bedeckt und wird später ihre Entscheidung als Ausdruck des Wählerwillens verkünden.

Vieles spricht derzeit dafür, daß die Wähler ein Ergebnis herbeiführen werden, bei dem nur sicher ist, daß die FDP, wenn sie in die Bürgerschaft einziehen sollte, in die Regierung gehen wird und dort frei zwischen 'Ampel' und 'Bürgerblock' entscheiden kann. Ob dann Rudolf Lange, erst seit eineinhalb Jahren Parteimitglied, oder Guido Westerwelle die Verhandlungsstrategie vorgeben wird, ist keine Frage. Für den 'Bürgerblock' spräche das liberale Wahlversprechen, mit dem roten Filz aufräumen zu wollen, für die 'Ampel' bundespolitische Überlegungen, aber das nur bedingt. Fühlt sich derzeit die FDP stark genug, um 2002 die Grünen ablösen und mit Schröder eine rot-gelbe Koalition eingehen zu können, macht die 'Ampel' keinen Sinn. Sie würde lediglich als kontraproduktive lebensverlängernde Maßnahme für die Grünen dienen. Hält Westerwelle hingegen nach der nächsten Bundestagswahl ein Patt zwischen Rot-Grün und Union für möglich, kann er für seine Partei aus dieser Situation nur dann das Maximum herausholen, wenn die FDP die 'Ampel' nicht prinzipiell ausschließt. Dann wäre eine 'Hamburger Ampel' geradezu ein ideales Experimentierfeld, auf dem die Ausbaufähigkeit dieses Bündnisses und dessen Wirkung auf die Wählerschaft getestet werden könnte.

Natürlich würde die FDP in Hamburg versuchen, in den Koalitionsverhandlungen beide Lager gegeneinander auszuspielen. Aber die frei-demokratischen Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. CDU und SPD könnten im Gegenzug unter Verweis auf Bremen mit der Großen Koalition drohen. Wenn das Wahlergebnis an der Elbe tatsächlich all diese Kombinationen zuließe, wäre die von Hamburg an die Spree ausgehende Botschaft äußerst zweideutig. Die CDU könnte mit Recht von einem rot-grünen Auslaufmodell sprechen. Die SPD wiederum könnte die Erweiterung ihrer Koalitionsmöglichkeiten nach links außen als logischen Konsequenz dieser Entwicklung betrachten und darauf vereisen, daß das bürgerliche Lager selbst unter Einschluß der FDP nur unter Sonderbedingungen mehrheitsfähig ist, und auch nur dann, wenn sie über einen rechtsliberalen Koalitionspartner verfügt, der in Berlin nicht bereitsteht.

Aber vielleicht sorgen die Hamburger am 23. September doch noch für eine Überraschung, die eindeutiger Schlüsse zu- und die Entscheidung über die Regierungsbildung in den Händen der Wähler beläßt. Eines zumindest können die Wahlkämpfer in Berlin aber schon jetzt lernen: An der Alster verzichten die Spitzenpolitiker darauf, das eigene Intimleben und das der politischen Gegner zu thematisieren. Und es kam auch niemand auf die Idee, nach Zitaten aus der Schulzeit des Kontrahenten zu fahnden. In der Hansestadt wird bewiesen, daß es selbst in Wahlkämpfen, in denen viel auf dem Spiel steht, zivilisiert zugehen kann.

Schwarzer Block und Lichterkette

Das „antifaschistische“ Milieu / Von Werner Olles

Wie Mehltau hat sich der „Antifaschismus“, die letzte der totalitären Großideologien des Zwanzigsten Jahrhunderts, über das Land und die Gesellschaft gelegt. Jede geistige Regung erstickend, fungiert diese Gedankenpolizei als unser aller innerer Kolonisator. In der Manier eines „Quasi-Verfassungsschutzes“ kennt der „Antifaschismus“ nur Entweder - Oder, Gut oder Böse, Freund oder Feind. Jegliche rationale und sachliche Auseinandersetzung um politische Inhalte oder ideologische Differenzen hat er längst aufgegeben und zeichnet von politisch Andersdenkenden das Bild eines zur Vernichtung freigegebenen Feindes. „Antifaschisten“ arbeiten dabei bevorzugt mit Mitteln der persönlichen Herabsetzung, Diffamierung und Diskriminierung des politischen Gegners. Die Ingredienzen ihrer wütenden, fanatischen Attacken auf Konservative und „Rechte“ entstammen - wie wir noch sehen werden - verschiedenen Ideologien wie Stalinismus, Kommunismus, ja sogar dem Nationalsozialismus. Selbst vor Anleihen aus dem berühmt-berüchtigten „Wörterbuch des Unmenschen“ macht die kru- de Metaphysik des „Antifaschismus“ nicht halt.

Der Umstand, daß es zur Geschichte und Soziologie des „Antifaschismus“ eine wissenschaftliche Literatur von Rang bislang kaum gab - sieht man einmal von kleineren Arbeiten ab, die sich mit Teilbereichen befaßten -, machte es für Anti-„Antifaschisten“ mitunter recht schwer eine streitbare Auseinandersetzung mit den Zerrbildern dieser totalitären Ideologie und ihren Protagonisten zu führen. Dafür kann

man aber jederzeit sicher sein, in den diversen staatlich oder städtisch subventionierten Bibliotheken und gutmenschelnden Buchhandlungen das zwölfundneunzigste Neonazismus-, Rechtsextremismus- und Konservativismus-Entlarvungstraktat auch noch mit geschlossenen Augen zu finden. Wobei es überhaupt keine Rolle spielt, daß die gesamte deutschsprachige Literatur über „Neofaschismus“ oder alles vermeintlich „Rechte“ sei jeher aus einem wüst zusammengewürfelten Haufen von rund 150 Zitaten stammt, die je nach Lust, Laune und Intention des Zitierers hin- und hergeschoben werden, bis die Richtung mal wieder stimmt. Für die „Antifaschisten“ im Gysi-Habermasschen Diskurs-Sultanat sind das natürlich paradiesische Zeiten, darf man doch nach Herzenslust seinen „Rechten“ als liebgewonnenen Pappkamerad verprügeln und bekommt dafür von alzheimerisierten Honoratioren noch eine Ehrenmedaille für „Zivilcourage“ neben den Stalin-Orden an die politisch korrekte Brust geheftet.

Mit seiner von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn angenommenen Inaugural-Dissertation „Das antifaschistische Milieu“. Vom „Schwarzen Block“ zur „Lichterkette“ - Die politische Repression gegen „Rechtsextremismus“ in der Bundesrepublik Deutschland“ legt der junge Offenbacher Historiker und Politologe Claus-Martin Wolfschlag nach seiner Magisterarbeit über „Hitlers rechte Gegner“ (Engerda, 1995) und dem Sammelband „Bye-bye 68“ (Graz, 1998) ein Werk vor, das nicht nur die weitläufigen Zusammenhänge des „antifaschistischen Milieus“ akribisch aufdröseln, ohne zu vereinfachen, sondern auch bestens dazu geeignet ist, die geistige Umklammerung von „Antifaschismus“, Linksextremismus und Political Correctness zu sprengen. Wolfschlag unterteilt den organisierten „Antifaschismus“ in drei Großgruppen: den „orthodoxen Antifaschismus“ der „alten Linken“ mit dem Umfeld VVN-BdA, der DDR als Vorbild und der PDS als Erbe, den „aggressiven Antifaschismus“ der „Neuen Linken“, der heute primär von sogenannten „Autonomen Antifaschisten“ verkörpert wird und den „Neo-Antifaschismus“ sozialdemokratischen und linksliberalen Zuschnitts, der bis in die Gewerkschaften und Kirchen reicht und in der „Lichterketten“-Bewegung und im Schröderschen „Aufstand der Anständigen“ seinen vorläufigen Höhe-, gewiß aber noch nicht seinen Endpunkt fand.

Als kennzeichnend für die „antifaschistische“ Rhetorik sieht der Autor eine sich hinter scheinheiligem Opferhabitus verbergende Aggressivität und Radikalität. Die Möglichkeit Andersdenkende zu demütigen, zu verhöhnen, zu drangsaliieren und mit Gewalt zu überzie-

hen halten vor allem „aggressive Antifaschisten“ geradezu für ein „Menschenrecht“. Im Zweifelsfall reicht das bis zur offenen Propagierung von Mord oder wie im Fall des von ausländischen „Antifaschisten“ in Berlin ermordeten Mitglieds der „Deutschen Liga“, Gerhard Kaindl, zu der zynischen Erklärung, es sei „nicht schade um einen toten Faschisten“. Aber selbst für die stark linkslastige „Frankfurter Rundschau“ war der ermordete Familienvater Kaindl nur ein „Neonazi“.

Was bringt Menschen weit vor der Präsenilität dazu, ohne Zwang solche moralischen Offenbarungseide vorzulegen? Und was veranlaßt den „Tote Hosen“-Sänger Campino, dieses Klassendummchen, das seine vertonte Schulmädchenprosa für Rock-Musik hält, dazu, einen genialen Komponisten wie Richard Wagner als „ein Arschloch, ein Antisemit der übelsten Sorte“ und seinen Sänger-Kollegen Joachim Witt als „Vollidiot“ zu bezeichnen? Wolfschlag ist der Überzeugung, daß dieser Ton unter „Antifaschisten“ eine starke identitäts- und gruppenbildende Bekenntnisfunktion hat. Doch auch bei gemäßigten „Neo-Antifaschisten“ stoßen die undemokratischen, militaristischen Umgangsformen („Jagt ihn weg, den braunen Dreck!“, „Nieder mit der braunen Pest!“, „Nazis raus!“) des „aggressiven Antifaschismus“ zuweilen auf Unverständnis. Dennoch sind die Übergänge teilweise fließend und bilden einen dumpfen Konsens des Wesentlichen, was u.a. auch auf das Wirken eines „Anprangerungsjournalismus“ (Cernot Modery alias Anton Maegerle, Franziska Hundseder) und „antinationaler, antirassistischer Fundamentalisten“ (Hajo Funke, Siegfried Jäger, Christoph Butterwegge) aus der „antifaschistischen Grauzone“ zurückzuführen ist. Wobei deren Wirken im eklatanten Widerspruch zu den überwältigenden Anzeichen steht, daß der „Antifaschismus“ heute bereits jede Institution, jede Pore unseres täglichen Lebens durchdringt und längst manifeste Züge einer Dressur angenommen hat. Dies gleicht wiederum einer Ausschaltung des kritischen Bewußtseins und dem Ende der freien Debatte.

Der „Antifaschismus“ als kulturbolschewistisch letztes Gefecht ignoriert bewußt die Grundprobleme unserer Gesellschaft (Masseneinwanderung nicht integrierbarer Ethnien, psychosoziale Hintergründe der daraus entstehenden Xenophobie etc.) und versucht mit einer perfiden Mischung aus Hypermoralismus, Gewalt und staatlicher Repression eine offene Diskussion über diese für Deutschland lebenswichtigen Fragen zu verhindern. Diese scheinheilige Haltung wird vom linken Flügel der politischen Klasse adoptiert, was wiederum die ge-

walttätigen Teile des „aggressiven Antifaschismus“ zu neuen Amokläufen gegen ihre politischen Gegner ermuntert.

In seiner Konklusion macht Wolfschlag keinen Hehl daraus, daß er auch mit einem stumpfen und sich nihilistisch-revolutionär gebärdenden Vulgärnationalismus nichts anfangen kann. Seine angedeuteten Möglichkeiten einer Überwindung des „Anti“ mögen vielleicht angesichts der rechtsseitigen Amputation des politiko-kulturellen Pluralismus hierzulande ein wenig zu theorielastig erscheinen, aber das Verdienst, einen wichtigen Beitrag zu dem in der politischen und Geschichtswissenschaft viel zu lange vernachlässigten Thema „Antifaschismus“ geleistet zu haben, ist ihm vorbehaltlos zuzusprechen.

Claus-M. Wolfschlag: *Das „antifaschistische Milieu“. Vom „schwarzen Block“ zur „Lichterkette - Die politische Repression gegen „Rechtsextremismus“ in der Bundesrepublik Deutschland.* Leopold Stocker Verlag, Graz 2001. Großformat, 492 S., 68.-DM

Im Netz der Stasi

Maulwürfe in den Medien / Von Philip Plickert

Erich Mielke hatte seine helle Freude. Mehrfach gelang es ihm, entscheidende politische Weichen in der Bundesrepublik zu stellen: 1972 überlebte Bundeskanzler Willy Brandt das Mißtrauensvotum im Bundestag nur dank der zwei von der Stasi bestochenen Abgeordneten aus den Reihen der Union, Julius Steiner und (vermutlich) Leo Wagner. Groß war das öffentliche Entsetzen, als Brandts Berater Günter Guillaume zwei Jahre später als Top-Agent enttarnt wurde. Aus allen großen westdeutschen Parteien standen Politiker im Dienste des DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS): William Borm, Berliner FDP-Chef, arbeitete in aller Stille als IM „Olaf“ für die DDR; der deutschlandpolitische Sprecher der Grünen, Dirk Schneider, bezog als IM „Ludwig“ seine Ordre aus Ostberlin, und in der SPD waren neben dem Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand (IM „Streit“) mehrere Hinterbänkler heimliche DDR-Freunde.

Immer lauter und dreister erklingt nun der Ruf nach einem Schlußstrich, den man unter die DDR-Vergangenheit zu ziehen habe. Mielkes Helfer, etwa 91.000 hauptamtliche und rund 180.000 inoffizielle

Mitarbeiter, wollen endlich Ruhe haben. In einem solchermaßen nach „Versöhnung“ gierenden Umfeld sieht sich ein unerbittlicher Stasi-Forscher wie Hubertus Knabe, seit kurzem Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen im ehemaligen Stasi-Zentralgefängnis in Berlin, harten Anfeindungen ausgesetzt. Einen „Schmierfinken“ nennt ihn voll Verachtung der Hamburger Kommunist Hermann L. Gremliza (IM „Spieler“) in seiner Zeitschrift *Konkret*, doch nicht nur linke Sektierer stoßen sich an Knabes Enthüllungen: Die illustrierte *Stern* klagte gegen Knabes Behauptung, sie habe sich nicht geschämt, in der Kampagne gegen den Bundespräsidenten Heinrich Lübke „propagandistisch aufbereitetes Material aus der DDR zu verwenden“. Das Landgericht Hamburg wies den Verbotsantrag des *Stern* zurück.

Von 1992 bis 2000 war Knabe wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gauck-Behörde. Sein besonderes Interesse gilt den zahlreichen westlichen Kollaborateuren des SED-Regimes - nach Schätzungen dienten zwischen 20.000 und 30.000 Westdeutsche als Informanten und Spitzel der Stasi. Als teilweise „unterwanderte Republik“, so der Titel eines erfolgreichen Buchs von Knabe, könne man Westdeutschland daher bezeichnen. In seiner neuesten Studie „Der diskrete Charme der DDR“ deckt Knabe erstmals die vielfältigen Beziehungen der Stasi zu westdeutschen Journalisten auf. Als Agenten der Stasi waren die Journalisten bestens geeignet, da neugieriges Fragen, Sammeln von Informationen und intensive Kontakte zu Politikern zu ihrem beruflichen Wirken gehörten. Die Agententätigkeit fiel nicht auf.

Allein die für Desinformation und „aktive Maßnahmen“ zuständige Abteilung X der Stasi-Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Markus Wolf hatte im Laufe der Jahre knapp 700 IM-Vorgänge zu größtenteils westdeutschen Journalisten angelegt. Erst drei Dutzend der Auftragschreiber sind heute namentlich bekannt: Sie saßen in den Redaktionsstuben des *Spiegel*, des *Stern*, des *NDR*, des *Deutschlandfunks*, der *Deutschen Welle* und selbst der *Bild*-Zeitung. Da der Zentrale Runde Tisch 1989/90 der vollständigen Vernichtung der Akten der Auslandsspionage zugestimmt hat, ist die Quellenlage heute relativ dünn. Zusätzlich wird der Forschung bis heute mit fadenscheiniger Begründung die Einsichtnahme in die von der CIA verschleppte Rosenholz-Datei mit den Klarnamen der westlichen IMs verweigert. Die Masse der Maulwürfe lebt also bis heute unerkannt.

Besonders sozialdemokratische Journalisten zeigten sich anfällig für die Einladung der Stasi zur Zusammenarbeit. War die Anwerbung als IM geglückt, so erwiesen sich die Journalisten als doppelt nützlich: